

„Die zweite Schuld“

Athen bekräftigt die Forderung nach Reparationen von Deutschland

Wie die Süddeutsche Zeitung am 6. April 2021 berichtet, teilte das griechische Außenministerium kurz vor dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Griechenland mit, die Frage der Entschädigung von Seiten Deutschlands bleibe weiterhin offen, die Verhandlungen dazu würden fortgeführt. Demgegenüber stehe, so die SZ, die Bundesregierung auf dem Standpunkt, derlei Ansprüche seien mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1990 erledigt. Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik, der damals noch existierenden DDR und den vier ehemaligen Besatzungsmächten erwähnt allerdings die Frage von Reparationen nicht. Außerdem waren von Nazideutschland okkupierte Länder wie Griechenland an diesen Vertragsverhandlungen nicht beteiligt. Wie die SZ berichtet, wurde im März 2021 eine Initiative der „Grünen“, die ein Entgegenkommen Deutschlands gegenüber den Forderungen Griechenlands zum Ziel hat, im Bundestag debattiert. Diese Initiative erhielt im Bundestag lediglich von der Fraktion „Die Linke“ Zustimmung.

(Quelle: SZ 06.04.21, S. 5)